



DEUTSCHER
LANDKREISTAG

Hans Jörg Duppré – Stationen einer Präsidentschaft 2002-2014



Schriften
des Deutschen
Landkreistages

Band 118
der Veröffentlichungen
des Vereins für Geschichte
der Deutschen Landkreise e.V.

Herausgeber:

Deutscher Landkreistag

Redaktion:

Berlin

DLT-Pressestelle

Stand:

März 2014

ISSN 0503-9185

Hans Jörg Duppré – Stationen einer Präsidentschaft 2002–2014

Von Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Berlin

Wenn *Hans Jörg Duppré* am 19.3.2014 aus dem Amt des Präsidenten des Deutschen Landkreistages ausscheidet, liegt eine Rekordzeit als Präsident eines kommunalen Spitzenverbandes auf Bundesebene hinter ihm: Elf Jahre, drei Monate und neunzehn Tage hat er das Amt des DLT-Präsidenten bekleidet – länger als jeder seiner Vorgänger seit Gründung des Landkreistages im September 1916 und auch deutlich länger als alle seine Kollegen im gemeindlichen und städtischen Bereich.

Dabei war es ein Zufall, der *Duppré*, der bereits seit 1985 dem Verfassungsausschuss des Deutschen Landkreistages angehörte, Ende 1994 in das DLT-Präsidium führte. 1994 sollte sich aus der Rückschau überhaupt als das maßgebliche Jahr für die weitere personelle Entwicklung im Deutschen Landkreistag erweisen. Es war zum einen das Jahr der ersten Gebietsreform in den neuen Ländern und der dadurch erfolgenden Neukonstituierung der dortigen Gremien, und es war zum anderen das Jahr, in dem bei der Bundestagswahl im Oktober 1994 die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten *Rudolf Scharping* ein letztes Mal an Dr. *Helmut Kohl* scheitern sollte. Beides hatte Konsequenzen für die Zusammensetzung des DLT-Präsidiums.

Im März 1994 wurde *Karl-Heinz Schröter* Vorsitzender des Landkreistages Brandenburg und Mitglied des DLT-Präsidiums. Nach den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt folgte ihm Dr. *Michael Ermrich* als Vorsitzender des Landkreistages Sachsen-Anhalt nach. Vorsitzender des Landkreistages Rheinland-Pfalz war kurz zuvor der seinerzeitige Landrat des Landkreises Birkenfeld, Dr. *Ernst Theilen*, geworden. Nach dem Wechsel des seinerzeitigen DLT-Vizepräsidenten *Gerhard Bökel* aus dem Lahn-Dill-Kreis in das Amt des hessischen Innenministers sollte Dr. *Ernst Theilen* zum Jahresende 1994 zum DLT-Vizepräsidenten gewählt werden. Aufgrund des Ergebnisses der Bundestagswahl kam es jedoch anders. Der unterlegene Kanzlerkandidat *Rudolf Scharping* übergab sein Amt als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident an *Kurt Beck*, der den bisherigen Innenstaatssekretär *Klaus Rüter* zum Chef der Staatskanzlei machte. Ihm wiederum folgte Dr. *Ernst Theilen* als Innenstaatssekretär nach.

Als DLT-Vizepräsident wurde statt seiner nunmehr *Karl-Heinz Schröter* gewählt – er amtiert inzwischen als dienstältestes DLT-Mitglied auch im 20. Jahr als DLT-Vizepräsident. Nachfolger von Dr. *Ernst Theilen* als Vorsitzender des Landkreistages Rheinland-Pfalz wurde demgegenüber der bisherige Verfassungsausschussvorsitzende *Hans Jörg Duppré*. Zur Abrundung sei bemerkt, dass ein gegenläufiger Wechsel nach Rheinland-Pfalz 1994 nicht zustande kam, da der Verfasser dieses Beitrags einem Ruf auf einen Lehrstuhl an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer trotz eines verlockenden Angebots, das ihm übrigens vom neuen Staatskanzleichef *Klaus Rüter* unterbreitet wurde, nicht folgte.

1996 wurde *Hans Jörg Duppré* sodann zu einem der Vizepräsidenten des Deutschen Landkreistages gewählt. Präsident wurde seinerzeit für sechs Jahre der Northeimer Landrat *Axel Endlein*.

Im Rahmen der DLT-Jahrestagung 2002 in Neuss wurde sodann *Hans Jörg Duppré* zum DLT-Präsidenten ab 1.12.2002 gewählt – umgeben von den Vizepräsidenten *Karl-Heinz Schröter*, Dr. *Edgar Wais*, *Franz-Josef Leikop* und *Berend Harms* (Abb. 1).

Im Februar 2003 wurde Ehrenmitglied *Axel Endlein* mit einem festlichen Abendessen im Bundeskanzleramt feierlich verabschiedet (Abb. 2).



Am Folgetag wurde der DLT-Hauptgeschäftsstelle in einem Festakt der Name „Ulrich-von-Hassell-Haus“ im Beisein zahlreicher Gäste verliehen, unter ihnen die langjährige Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses und frühere Berliner Schulsenatorin sowie Kultusministerin von Rheinland-Pfalz Dr. *Hanna Renate Laurien* (Abb. 3 und 4), als deren Mitarbeiter *Hans Jörg Duppré* seinen Berufsweg begonnen hatte.

Am Tag danach nahm für DLT-Präsident *Duppré* die Alltagsarbeit ihren Lauf mit Erörterungen zum Ausbau der Kinderbetreuung mit der zuständigen Ministerin *Renate Schmidt* (Abb. 5). Das Thema hat den DLT seither ständig begleitet (dazu auch Abb. 39).





2003 war aber vor allem das Jahr der Gemeindefinanzreform und der Agenda 2010, also auch von Hartz IV, eines Dauerthemas, welches den DLT in den Folgejahren ständig begleiten sollte. Gespräche mit Bundesfinanzminister *Eichel* und Innenminister Dr. *Schily* sowie Wirtschafts- und Arbeitssekretär Dr. *Tacke* (Abb. 7 a und 7 b) standen ebenso auf dem Programm wie mit Wirtschafts- und Arbeitsminister *Wolfgang Clement* (Abb. 6).



Mit *Alfred Jakoubek* und *Theo Zellner* (Abb. 8) anstelle von *Franz-Josef Leikop* und *Berend Harms* kamen Ende 2003 zwei neue Vizepräsidenten für sechs bzw. sieben Jahre hinzu. 2005 wurde *Edgar Wais* als Vizepräsident von Dr. *Michael Ernrich* abgelöst.



Zudem nahm die Föderalismuskommission I im November 2003 unter dem Mitvorsitz von *Franz Müntefering* (Abb. 9) ihre Arbeit auf, begleitet u.a. von Bundesinnenminister *Otto Schily* (Abb. 10).





2004 beherrschte für eine ganze Weile der drohende „Asset-Deal“ von Stralsund die (sparkassen-)politische Diskussion. Anlass genug, darüber und über die Föderalismusreform sowie die Neuorganisation des SGB II das Gespräch mit der örtlichen Wahlkreisabgeordneten von Nordvorpommern/Rügen und Oppositionsführerin Dr. *Angela Merkel* zu suchen (Abb. 11).

Nachdem die SGB II-Reform Anfang 2005 in Kraft getreten war, galt es, ihre organisatorischen Konsequenzen in Abstimmung mit dem neuen Chef der Bundesagentur für Arbeit *Frank-Jürgen Weise* zu bewältigen (Abb. 12).



Nach der im Herbst 2005 aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl erfolgten Bildung der Großen Koalition waren zahlreiche „neue“ Minister für die Kommunen von großer Bedeutung, so Bundesinnenminister Dr. *Wolfgang Schäuble* (Abb. 13), Umweltminister *Sigmar Gabriel* (Abb. 14), und Bau- und Verkehrsminister *Wolfgang Tiefensee* (Abb. 15). Auch nahm die Bedeutung Europas und des Europäischen Parlaments weiter zu (Abb. 16).



2007 beerhten zunächst die Bundeskanzlerin (Abb. 17) und sodann der Bundespräsident (Abb. 18) Veranstaltungen des Deutschen Landkreistages. Die Gespräche u.a. mit Bundesinnenminister Dr. *Schäuble* (Abb. 19 u. 24) wurden fortgesetzt und eine Kooperation mit dem Deutschen Bauernverband begründet (Abb. 20), die zur seitherigen Dauerpräsenz des Deutschen Landkreistages mit einem Stand auf der Grünen Woche geführt hat.





Den 250. Geburtstag des Freiherrn vom Stein aus Nassau beging der DLT nicht nur in einem Festakt mit dem Bundespräsidenten (Abb. 18), sondern auch mit einer Veranstaltung in der Landesvertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Berlin u.a. mit Staatsminister Dr. *Ingolf Deubel* (Abb. 21). Im Jahre 2007 lag auch der Beginn der Arbeit der Föderalismuskommission II unter dem Co-Vorsitz von Dr. *Peter Struck* (Abb. 22) und *Günther Oettinger* (Abb. 40) mit einer Klausurtagung auf Schwanenwerder (Abb. 23).



Im Herbst 2009 stand erneut ein partieller Regierungswechsel an. Gespräche mit dem neuen Bundesinnenminister Dr. *Thomas de Maizière* (Abb. 25), Bau- und Verkehrsminister Dr. *Peter Ramsauer* (Abb. 26), Arbeitsministerin Dr. *Ursula von der Leyen* (Abb. 27), Landwirtschaftsministerin *Ilse Aigner* (Abb. 28) u.a. folgten. Eine ausführliche Problemerkörterung kommunalrelevanter Fragestellungen mit Bundeskanzlerin Dr. *Angela Merkel* und maßgeblichen Kabinettsmitgliedern (Abb. 29) war ein zentrales Ereignis für den DLT-Präsidenten *Hans Jörg Duppré* im Jahre 2010, dem kurz darauf von Bundesinnenminister Dr. *Thomas de Maizière* das vom Bundespräsident *Köhler* kurz vor seinem überraschenden Rücktritt verliehene Bundesverdienstkreuz ausgehändigt wurde (Abb. 30). Mit Bundesfinanzminister Dr. *Schäuble* und Finanzsenator Dr. *Nußbaum* verkündete *Duppré* die Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission (Abb. 31).





2012 wurde erneut der Ausbau der Kinderbetreuung intensiv vorangetrieben, was auch der SPD-Fraktionsspitze berichtet wurde (Abb. 39). Außerdem wurden intensive Facherörterungen mit Mitgliedern der Europäischen Kommission in Brüssel durchgeführt (Abb. 40).



Kabinettsumbildungen führten dazu, dass 2011 für die Gesundheitspolitik *Daniel Bahr* (Abb. 32) und für die Innenpolitik Dr. *Hans-Peter Friedrich* (Abb. 33 u. 34) zuständig und für den DLT zu (Dauer-) Gesprächspartnern wurden. Der für die Energiewende nach Fukushima zuständige Bundesumweltminister Dr. *Norbert Röttgen* (Abb. 35) suchte umgehend ebenso das Gespräch mit dem Deutschen Landkreistag wie ein Jahr später der neue Bauernverbandspräsident *Joachim Rukwied* (Abb. 36), nachdem Konzepte zur Entwicklung des ländlichen Raumes noch mit seinem Vorgänger *Gerd Sonnleitner* der Bundeskanzlerin (Abb. 37) vorgetragen und mit Bundestagsabgeordneten wie *Ingbert Liebing*, der eine entsprechende Koalitionsarbeitsgruppe geleitet hatte, erörtert wurden (Abb. 38).



Zur Landkreisversammlung 2013 konnte DLT-Präsident *Hans Jörg Duppré* gleich mehrfach „hohen Besuch“ begrüßen. Bundespräsident *Joachim Gauck* (Abb. 41), Innenminister Dr. *Hans-Peter Friedrich* (Abb. 42), der SPD-Vorsitzende *Sigmar Gabriel* (Abb. 43) und Kanzlerkandidat *Peer Steinbrück* (Abb. 42) erwiesen dem Deutschen Landkreistag die Ehre ihrer Anwesenheit und sprachen jeweils zu den Delegierten.

Daneben waren Fragen wie die neue Rundfunkbeitragspflicht der Kommunen zu klären. Dafür kam nicht zuletzt der Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens Dr. *Thomas Bellut* in den DLT (Abb. 44).



Im April 2013 teilte *Hans Jörg Duppré* dann dem Präsidium des Deutschen Landkreistages im Ennepe-Ruhr-Kreis seinen Entschluss mit, 2014 nicht erneut zu kandidieren. Nachdem er für seine Arbeit nachhaltigen spontanen Applaus erhalten hatte, schlug er als Kandidaten für seine Nachfolge den Landrat des Kreises Ostholstein, *Reinhard Sager*, vor (Abb. 45). Das DLT-Präsidium, das auf Einladung von *Hans Jörg Duppré* im Oktober 2013 nach einer dort bereits im Jahre 2000 durchgeführten Sitzung erneut im Landkreis Südwestpfalz tagte (Abb. 46), folgte dieser Empfehlung einstimmig.





Mit den 20 Mitarbeitern der DLT-Hauptgeschäftsstelle (Abb. 47) stand DLT-Präsident *Hans Jörg Duppré* im Laufe seiner gesamten Amtszeit stets in intensivem Kontakt. Sie alle sagen für die vertrauensvolle und offene Zusammenarbeit ein sehr herzliches „Danke schön“.



Zieht man eine **Bilanz der Entwicklung der Kreise, Städte und Gemeinden in der Amtszeit von Hans Jörg Duppré**, die eine rot-grüne Koalition, eine Große Koalition, eine christlich-liberale Koalition und erneut die – langwierige – Bildung einer Großen Koalition umfasst, kommt man zu folgendem Befund:

- Die seit Langem auf der Agenda stehende Reform des kommunalen Einnahmesystems, zu der zuvörderst auch eine Steuerbeteiligung der Kreisebene gehört, ließ sich trotz mehrerer Reformanläufe auch zwischen 2002 und 2014 nicht realisieren.
- Auf der Ausgabenseite ist die Bedeutung der Kommunen, insbesondere der Landkreise und kreisfreien Städte, als Träger sozialer Aufgaben in West- wie Ostdeutschland weiter massiv gestiegen.
- Gesetzlich neu gefasste Aufgaben wie die 2003 in Kraft getretene Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und die 2005 in Kraft getretene Grundsicherung für Arbeitssuchende sowie das 2011 in Kraft getretene Bildungs- und Teilhabepaket und der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, bei dem die Träger vor Ort Enormes geleistet haben, belegen dies eindrucksvoll.
- Kehrseite dieser richtigen, da dem Subsidiaritätsprinzip folgenden Aufgabenzuordnungen waren erhebliche neue finanzielle Belastungen für die Kommunen. Daher hätte die kommunale, insbesondere die kreisliche Steuerausstattung verbessert werden müssen. Dies ist nicht geschehen; es ist aber zu erheblichen Entlastungen auf der Ausgabenseite gekommen, so
 - durch die dauerhafte Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung,
 - durch die schrittweise Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung,

- durch die bundesseitige Übernahme der Kosten des Bildungspakets und
- durch eine Beteiligung des Bundes an den Kosten des Ausbaus der Kinderbetreuung.
- Im SGB II ist es mit der Schaffung eines Optionsmodells zu einem kommunalfreundlichen Aufgabenwahrnehmungsmodell gekommen.
- Durch die vom DLT herbeigeführte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur SGB II-Organisation vom 20.12.2007 ist es
 - zur Verbesserung der Stellung der Kreise und kreisfreien Städte in den gemeinsamen Einrichtungen,
 - zu einer dauerhaften Stabilisierung und verfassungsrechtlichen Absicherung des Optionsmodells und
 - zur Ausweitung der Zahl der Optionskommunen von zunächst 69 auf 108 von 402 kommunalen Trägern gekommen.
- In Kürze steht eine weitere Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Stellung der Optionskommunen im Bundesstaat an, mit der eine Öffnung des Optionsmodells für die 33 Optionskommunen begehrt wird, die sich 2010 um die kommunale Alleinträgerschaft beworben haben, aber trotz positiver Eignungsfeststellung nicht berücksichtigt wurden, und mit der geltend gemachte Prüfbefugnisse und Rückforderungsansprüche des Bundes bundes- und rechtsstaatsgemäß zurückgeführt werden sollen. Der Landkreis Südwestpfalz ist dabei einer der Beschwerdeführer.
- In zwei Föderalismusreformen und mit der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts konnte die Stellung der Kreise, Städte und Gemeinden im Bundesstaat ebenso deutlich verbessert werden wie mit der flächendeckenden Einführung von Mehrbelastungsausgleichsregelungen in den Landesverfassungen:
 - Die Kommunen sind seit 2006 vor direkten Aufgabenübertragungen des Bundes geschützt.
 - Neue finanzielle Lasten durch Bundesgesetze für die Länder und ihre Kommunen bedürfen seit 2006 der Zustimmung des Bundesrates.
 - Veränderte oder neue Aufgabenausführungspflichten treffen die Kommunen nur noch durch landesrechtlichen Übertragungsakt, der die Mehrbelastungsausgleichspflicht der Länder auslöst.
 - Die Schuldenbremse gilt für den öffentlichen Gesamthaushalt, was Lastenverschiebungen auf die Kommunen oder Zuweisungskürzungen entgegenwirkt.
 - Die Beteiligungsrechte der kommunalen Spitzenverbände an der Rechtsetzung des Bundes sind deutlich verbessert worden.
- Schließlich sind für das *Duppré* wie den Kreisen besonders am Herzen liegende kommunale Sparkassenwesen nach der 2001 geregelten Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung beachtliche Erfolge erzielt worden.
 - Der Asset-Deal von Stralsund konnte verhindert werden.
 - Die Marke „Sparkasse“ konnte flächendeckend für die Sparkassen – wenn auch für einen hohen Kaufpreis in Berlin – erhalten werden.
 - Der Streit um § 40 KWG konnte beigelegt werden und, und, und.

Kurzum: Allein diese Schlaglichter belegen:

Hans Jörg Duppré hat sich als langjähriger Präsident des Deutschen Landkreistages um die kommunale Selbstverwaltung in hohem Maße verdient gemacht. ■

Bundesrepublik Deutschland

Verwaltungsgrenzen

(Stand: 01.03.2012)





DEUTSCHER
LANDKREISTAG



Deutscher Landkreistag

Ulrich-von-Hassell-Haus

Lennéstraße 11

10785 Berlin

Tel. 0 30/59 00 97-3 09

Fax 0 30/59 00 97-4 00

www.landkreistag.de

info@landkreistag.de

